

Wenn die Krise Alltag wird

Zur Politischen Ökonomie kritischer Infrastruktur in der Vielfachkrise

Editorial

Oliver Prausmüller

Lokale, nationale, globale Infrastrukturen stehen nicht nur in Krisenzeiten für das Stabile, Kontinuierliche und Verbindende, das die „Lebensadern“ und „Fließräume“ von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik am Laufen halten soll (van Laak 2019). Doch was geschieht, wenn sie ins Stocken geraten? Die COVID-19-Krise hat die damit verbundenen Sorgen in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Aufmerksamkeit gerückt – und zwar weltweit. Der Weg von der geteilten Erfahrung zur gespaltenen Gesellschaft ist hingegen nicht weit. Hier reicht bereits der Gedanke an die Kluft zwischen reicheren und ärmeren Staaten, wenn es z.B. um den Zugang zu Impfstoffen gegen COVID-19 und zu lebensnotwendiger Gesundheitsversorgung geht. In der gegenwärtigen Vielfachkrise treten immer wieder von Neuem verdrängte Fragen nach den Folgen von gesellschaftlichen Ungleichheiten und Machtasymmetrien zu Tage.

Das gilt insbesondere auch für die „beklatschte Systemrelevanz“, der sich *Daniel Haim*, *Katharina Mader* und *Jana Schultheiß* im ersten Beitrag dieser Ausgabe widmen. Zwar sind sonst oft unsichtbar gehaltene Sorgearbeiten in der Pandemie vermehrt anerkannt worden. Von „Heldinnen des Alltags“ oder Frauen als „Stützen der Nation“ war dabei vielfach die Rede. Doch die neu entdeckte Systemrelevanz von Care-Leistungen und versorgungskritischer Infrastruktur kommt bislang vor allem auch dann nicht über das Symbolische hinaus, wenn es um konkrete Fragen der materiellen Vergütung systematisch unterbezahlter Arbeit oder einen vermögenssteuerbasierten Lastenausgleich im Pflegesystem geht. Diesem Spannungsfeld zwischen Mehrbelastungen in der Pandemie und chronischen Defiziten widmet sich auch der zweite Beitrag von *Hans-Jürgen Bieling* und *Andrea Futterer*. Denn als die „Corona-Krise kam, war die Versorgungskrise schon da“. Ihr Beitrag geht am Beispiel Deutschlands den Problemen und Zukunftsperspektiven einer prekarierten Daseinsvorsorge im Gesundheitswesen nach. Damit rücken vor allem auch Infrastrukturkonflikte durch Wettbewerbssteuerung im sog. „Gewährleistungsstaat“ in den Blick.

Die gegenwärtigen Vielfachkrisen zeigen zugleich, wie umkämpft gesellschaftliche Verständnisse von „Kritikalität“ sein können (Folkers 2018). Nicht nur angesichts der COVID-19-Pandemie, sondern auch im Angesicht der verschärften Klimakrise lassen sich dabei Kriterien wie z.B. „lebenswichtig“ und „systemrelevant“ schwer voneinander trennen. Auch prominente Unterscheidungen von Infrastrukturen selbst sind oftmals nur erste Orientierungshilfen: So wird beispielsweise zwischen mehr oder minder „greifbaren“ (z.B. leitungsgebundene Wasserversorgung), „nicht greifbaren“ (z.B. soziale Dienstleistungen) sowie „institutionellen“ (z.B. ökonomische Systeme) Infrastrukturen unterschieden (Picot/Florio/et al 2015). Als weitere Orientierung kann zudem auch die Unterscheidung zwischen vornehmlich „providentiellen“ (im Sinne von „to provide“ wie z.B. Gesundheitsdienstleistungen) und „materiellen“ Infrastrukturen (z.B. Energienetze) dienen (Foundational Economy Collective 2019; weiterführend van Laak 2019). Was

jedoch unterschiedlichste Definitionen verbindet, ist der Blick darauf, was darunter („infra“) liegt, gleichsam als vernetzende Vorleistung und Vorbedingung für das ökonomische, soziale und politische Leben, für alltägliche Routinen und die Herstellung struktureller Kohärenz.

Vor diesem Hintergrund ist auch die begriffliche Expansion von „Infrastrukturen“ in den letzten Jahrzehnten bemerkenswert: Je nach Zusammenhang werden darunter mittlerweile unterschiedlichste Verständnisse von gesellschaftlichen Basisfunktionen und Vorleistungen in Bereichen wie z.B. Finanz- oder Lebensmittelwirtschaft, Pflege, medizinische Forschung, Impfstoff-Produktion oder digitale Plattformen verhandelt. Drastische Phänomene wie etwa die COVID-19- und Klimakrise befeuern dabei zusätzlich Auseinandersetzungen um die kritische Rolle von Infrastrukturen. In den Mittelpunkt rückt die Aussicht, dass Krisenereignisse in Zukunft gehäuft auftreten werden (Raza/Madner/et al. 2021). Damit drängen umso mehr Fragen nach ungleich verteilten Schutzmöglichkeiten, Krisenursachen und Gegenmaßnahmen (in einem erweiterten Verständnis von *Krisenvorsorge*) auf Antworten. Damit sind nicht zuletzt die zugrundeliegenden Grenzziehungen und führenden Verständnisse von z.B. „öffentlichem Interesse“, „systemrelevant“, „Krisenresilienz“, „Versorgungssicherheit“ oder „kritisch“ stark in Bewegung.

Ein Rückblick auf die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008f. weckt hier zusätzliche Assoziationen: Wer gilt in wirtschaftlich hochgradig interdependenten Systemen als „*too big*“ oder „*too interconnected to fail*“ (Folkers 2018: 141), wer wird hingegen in der Krise fallen gelassen? Welche Konsequenzen zieht es vergleichsweise nach sich, wenn nunmehr etwa Pflegekräfte, Gesundheitspersonal, Angestellte im Supermarkt als „systemrelevant“ eingestuft werden? Und welche Transformationskonflikte können daraus entstehen, wenn es etwa darum geht, angesichts der verschärften Klimakrise Übergänge zur „Systemirrelevanz“ zu bewerkstelligen (etwa wenn es um das Zurückdrängen CO₂-intensiver, fossilistischer Infrastrukturen geht)? Dieser Facettenreichtum prägt auch die unterschiedlichen Annäherungen an und Perspektiven auf eine Politische Ökonomie kritischer Infrastrukturen in dieser Schwerpunktausgabe. Der dritte Beitrag von *Xenia Miklin* und *Hans Volmary* richtet sein Augenmerk auf die kritische Rolle von Mobilität und die Zukunft des Verkehrssektors in der ökologischen Krise. Damit rücken nicht nur hochaktuelle Konflikte in den Mittelpunkt (wie etwa um den Lobau-Tunnel), sondern auch die Chancen, die daraus für eine lebenswertere Stadt entstehen. Der folgende Beitrag von *Astrid Krisch* widmet sich wiederum einem anderen Fokus auf große gesellschaftliche Transformationen. Darin werden die Hindernisse und Gestaltungsmöglichkeiten für digitale Infrastrukturen im Spannungsfeld von Liberalisierung und Kommunalisierung verhandelt. Dieses zeigt sich auch in Zusammenhang mit dem sog. „Plattform-Munizipalismus“. Der Beitrag rückt hier unterschiedliche Strömungen dieser alternativen Bewegung zu einer (Über)Macht von Digitalkonzernen in den Fokus.

Aktuelle Auseinandersetzungen um die (Dys)Funktionalitäten, Schutzwürdigkeit und Gestaltung von Infrastrukturen haben auch unter polit-ökonomischen Gesichtspunkten eine lange Vorgeschichte. Diese wurde in den letzten Jahrzehnten maßgeblich durch die neoliberale Trias aus Privatisierung, Liberalisierung und Kommerzialisierung sowie eine Politik der leeren Kassen geprägt. Ihre Durchsetzung hat nicht nur vielerorts Reformruinen hinterlassen und wichtige Teile der Daseins- und Infrastrukturvorsorge ausgehöhlt (Prausmüller/Wagner 2014, Flecker/Hermann 2012, Jäger/Tomassovits 2004). Sie war auch immer wieder Gegenstand von sozialem Widerstand und politischem

Protest. Das zeigte sich beispielsweise auch in den (Teil)Erfolgen dafür, Projekte zur Liberalisierung der Wasserversorgung im europäischen und handelspolitischen Zusammenhang zurückzudrängen. Zwar hat die COVID-19-Krise eindrücklich vor Augen geführt, wie wichtig gut ausgebaute öffentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen für das alltägliche Leben, sozialen Ausgleich und ökonomische Stabilisierung sind. Doch es bleibt offen, ob dadurch die wiederkehrende Dynamik zwischen neuen Landnahmen durch Liberalisierungs- und Privatisierungsprojekte, ihrer teilweisen Abschwächung nach Protest und ihrer neuerlichen Aufnahme nach einer gewissen Schamfrist durchbrochen werden kann. Das „befremdliche Überleben“ neoliberaler Politiken kann auch in diesem Zusammenhang nicht ausgeschlossen werden (Crouch 2011). Umso wertvoller ist der Beitrag von *Franziska Christina Paul*, der sich den Widersprüchen und Perspektiven der Rückführung von (vormals) privatisierten Dienstleistungen und Anlagen in die öffentliche Hand widmet. Dieser Trend ist seit Anfang der 2000er-Jahre insbesondere in Städten und Gemeinden vermehrt zu verzeichnen („Rekommunalisierung“). Der Beitrag zeigt u.a. am Beispiel Wasserversorgung (Argentinien) und Energieversorgung (Deutschland) auf, vor welchen Herausforderungen alternative Prozesse in einer nach wie vor neoliberal geprägten Wirtschaftsordnung stehen können.

Leonhard Plank setzt mit seinem Beitrag hingegen bei dem erhöhten Interesse von privatem Kapital an kritischen sozialen Infrastrukturen an. Im letzten Jahrzehnt hat in diesem Bereich insbesondere auch das Geschäft mit der Altenpflege (sog. „graues Gold“¹) an Bedeutung gewonnen. Diese Auseinandersetzung mit den Veranlagungsstrategien von Finanzinvestoren (wie etwa Private Equity-Fonds) und der voranschreitenden Markterschließung durch transnational agierende Infrastrukturkonzerne (wie z.B. Orpea) führt die Dringlichkeit politischen Gegensteuerns vor Augen. Der Beitrag von *Oliver Prausmüller* geht wiederum anhand der Handels- und Investitionspolitik einem anderen Feld der Auseinandersetzung um kapitalistische Landnahmen nach. Die COVID-19-Krise hat hier vor allem den Trend zur Einführung von Investitionskontrollen für ausländische Direktinvestitionen (sog. „FDI-Screenings“) und Warnungen vor einem „Ausverkauf“ verstärkt. Dabei zeigen sich insbesondere eine strategisch selektive Geopolitisierung und sicherheitspolitische Verkürzung von außenwirtschaftlichem Infrastrukturschutz, während offensive Interessen an erweiterten Markterschließungen weiter forciert werden.

Nicht zuletzt die vormaligen Erfahrungen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008f. zeigen: Vor allem restaurative Kräfte können in Zeiten tiefer gesellschaftlicher Erschütterung auf stark verankerte polit-ökonomische Machtressourcen zugreifen. Da die „verschiedenen Bevölkerungsschichten nicht dieselbe Fähigkeit besitzen, sich rasch zu orientieren und sich mit derselben Schnelligkeit zu reorganisieren“ (Gramsci 1991ff.: 1578), können daher selbst in schweren gesellschaftlichen Krisen die Handlungskorridore für öffentliche Alternativen stark verengt und auf „not-pragmatische“ Eingriffe beschränkt bleiben (Urban 2020, Röttger 2011). Zugleich schärft der abschließende Beitrag von *Klaus Dörre* im Angesicht der historisch einzigartigen Kombination von COVID-19-Pandemie und einer ökonomisch-ökologischen Zangenkrise nochmals den Blick für Alternativen. Für diese braucht es demnach vor allem konfliktfähige Akteure in und rund um die Klima- und Gewerkschaftsbewegung. Denn der Druck aus der demokratischen Zivilgesellschaft für alternative Wege muss entschieden erhöht werden. Sein Plädoyer für einen nachhaltigen Infrastruktursozialismus schließt umso mehr das Ziel eines besseren, sorgenfreieren Lebens für alle ein.

Anmerkung

- ¹ Vgl. dazu auch die laufenden Arbeiten am „Caring for profit“-Forschungsprojekt von ENCO: <https://corp-watchers.eu/en/investigations/caring-for-profit-en/?lang=en> (z.a. 28.12.2021)

Literatur

- Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Berlin.
- Folkers, Andreas (2018): Was ist kritisch an Kritischer Infrastruktur? Kriegswichtigkeit, Lebenswichtigkeit, Systemwichtigkeit und die Infrastrukturen der Kritik, in: Engels, Jens Ivo/Nordmann, Alfred (Hg.): Was heißt Kritikalität?, Bielefeld, 123–154.
- Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik, Berlin.
- Gramsci, Antonio (1991ff.): Gefängnishefte, Hamburg.
- Hermann, Christoph /Flecker, Jörg (Hg., 2012): Privatization of Public Services. Impacts for Employment, Working Conditions, and Service Quality in Europe, New York.
- Jäger, Johannes/Tomassovits, Rainer (2004): Politik der leeren Kassen. Budget, *politics of scale* und kommunale Dienstleistungen, in: Kurswechsel, 3/2004, 41–52.
- Picot, Arnold/Florio, Massimo/Grove, Nico/Kranz, Johann (Hg., 2015): The Economics of Infrastructure Provisioning. The Changing Role of the State, Cambridge.
- Prausmüller, Oliver/Wagner, Alice (Hg., 2014): Reclaim Public Services. Bilanz und Alternativen zur neoliberalen Privatisierungspolitik, Hamburg.
- Raza, Werner/Madner, Verena/Grohs, Hannes/Grumiller, Jan/Mayr, Stefan/Sauca, Iryna (2021): Assessing the opportunities and limits of a regionalization of economic activity, Final Report Work Package 1, <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/ppnresolver?id=AC16166392> (z.a. 27.12.2021)
- Röttger, Bernd (2011): Theoretische und praktische Probleme der Organisation anti-kapitalistischer Übergänge, in: Kurswechsel, 1/2011, 131–141.
- Urban, Hans-Jürgen (2020): Warum die EU jetzt vor einer ungewissen Zukunft steht, <https://awblog.at/warum-die-eu-jetzt-vor-einer-ungewissen-zukunft-steht/> (z.a. 27.12.2021)
- van Laak, Dirk (2019): Alles im Fluss. Die Lebensadern unserer Gesellschaft – Geschichte und Zukunft der Infrastruktur, Frankfurt a. M.